

Sparsam mit Kürzungsvorschlägen

VOR DER WAHL: Mit dem Thema Schuldenabbau wird sich der nächste rheinland-pfälzische Landtag dennoch sehr intensiv beschäftigen müssen

VON ARNO BECKER

MAINZ. Rheinland-Pfalz hat weit über 30 Milliarden Euro Schulden. Der neue Landtag, der am 27. März gewählt wird, muss sparen. Dazu zwingt allein schon die Landesverfassung. Doch mit der Ankündigung von Kürzungen sind erfahrungsgemäß keine Wahlen zu gewinnen. Deshalb sind die Wahlprogramme der Parteien wenig konkret beim Thema Finanzen.

Die nackten Zahlen: Nach dem im Dezember 2010 verabschiedeten Haushalt wird die Landesregierung im laufenden Jahr rund 13,5 Milliarden Euro ausgeben. Dafür sind erneut 1,8 Milliarden Euro neue Kredite notwendig. Die Verschuldung des Landes wird bis Ende 2011 auf annähernd 35 Milliarden Euro klettern, bis Ende 2014 nach den derzeitigen Plänen des Finanzministers sogar auf 41 Milliarden Euro.

Für die Ausgabenpolitik der SPD-Landesregierung und den rasant wachsenden Schuldenberg des Landes hat der Landesrechnungshof schon seit Jahren nur noch kritische Worte übrig. Auch im jüngsten Jahresbericht warnen die Speyerer Rechnungsprüfer: Unter der Last steigender Schulden drohe dem Land der Verlust seiner finanzpolitischen Handlungsfähigkeit. Mit anderen Worten: Hört die Schuldenmacherei nicht auf, werden die Zinszahlungen schon bald alles Geld auffressen, das zur politischen Gestaltung der Zukunft gebraucht wird.



steine wieder, müssen die Schulden unverzüglich abgebaut werden.

Im Dezember hat der Landtag ein Szenario des SPD-geführten Finanzministeriums abgenickt, wie die jährliche Neuverschuldung bis 2020 auf Null gedrückt werden könnte. Die Planung ist äußerst optimistisch, geht sie doch unter anderem davon aus, dass es bis zum Ende des Jahrzehnts keine tiefen Konjunkturbüche geben wird. Außerdem baut das Konsolidierungs-Szenario auf Steuererhöhungen des Bundes, die auch Geld in die Kassen des Landes spülen würden.

Unter dem Strich müssten dem Zahlenspiel zufolge bis 2020 jährlich mindestens 160 Millionen Euro dauerhaft eingespart, werden, ein Drittel davon durch Personalabbau. Die Konsequenz: Das Land hat derzeit rund 93.000 Bedienstete. Damit künftig die Schuldenmacherei aufhören

Finanzministers erheblich einengen: In einem Gutachten für den Steuerzahlerbund hat der Freiburger Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen kürzlich vorgerechnet, dass Rheinland-Pfalz im Jahr 2008 schon 1,2 Milliarden Euro für die Versorgung seiner Ruhestandsbeamten und deren Hinterbliebenen aufbringen musste. Zurzeit geht schon jeder fünfte Euro aus dem Landeshaushalt

für Beamtenversorgung und Zinszahlungen drauf.

Vor allem in den Jahren ab 2014 bis 2025 wird laut Raffelhüschen eine Welle von Pensionierungen diese Lasten in die Höhe treiben. Schon heute müssten nach der Projektion des Finanzwissenschaftlers rechnerisch weit über 30 Milliarden Euro auf der hohen Kante liegen, um mit diesem Geld und den Zinsen daraus

die Pensionslasten bis 2050 schultern zu können. Immerhin gibt es seit 1996 einen kleinen Pensionsfonds des Landes mit inzwischen knapp 2,5 Milliarden Euro. Er wird seit 1996 mit geliehenem Geld gefüllt und ist deshalb politisch umstritten. Die Beamten, die seit 1996 eingestellt wurden, werden ab dem 2030er Jahren aus diesem Topf einen Teil ihres Ruhegeldes bekommen.

Überblick: In den Parteiprogrammen nur Andeutungen

Mit der Ankündigung von Kürzungen lassen sich offensichtlich keine Wahlen gewinnen, deshalb finden sich in den Parteiprogrammen zur Landtagswahl am 27. März allenfalls Andeutungen. Wie gehen die Parteien mit den Sparzwängen um, die der neuen Landtag zwangsläufig

strukturelle Haushaltsdefizit will die Partei sogar schon bis 2016 auf Null drücken. Dabei kündigen die Christdemokraten „unvermeidbare Belastungen“ an, die sozial ausgewogen verteilt werden müssten. Zwei weitere Sätze aus dem CDU-Wahlprogramm deuten ebenfalls auf unange-

haushalts spielt im Programm der **Grünen** überhaupt keine Rolle. Allerdings hat sich die Partei die Erhöhung der Steuereinnahmen auf die Fahnen geschrieben. Spitzeneinkommen und Vermögen sollen stärker zur Finanzierung der Staatsausgaben herangezogen werden. Außerdem

ZUR SACHE

Institut: Rheinland-Pfalz droht Haushaltsnotlage

Das Kölner Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hat mit Blick auf den überdurchschnittlichen Schuldenstand von Rheinland-Pfalz eine drohende Haushaltsnotlage diagnostiziert. In einem Gutachten über die Umsetzung der Schuldenbremse in den Bundesländern haben die Wissenschaftler das Land Rheinland-Pfalz zusammen mit Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und dem Saarland in die Gruppe der „Problem-Länder“ eingeordnet.

Diese Länder hätten hohe Defizite und kaum Möglichkeiten, die Ausgaben zu verringern. In den vergangenen zehn Jahren habe sich in Rheinland-Pfalz der Schuldenstand pro Einwohner von 4847 Euro auf 7637 Euro erhöht. Dieser

Wert liege über dem Durchschnitt aller Länder (7276 Euro) und deutlich über dem Pro-Kopf-Wert im Vorzeigeland Sachsen (1565 Euro). Im vorigen Jahr sei die Netto-Neuverschuldung in Rheinland-Pfalz mit 480 Euro je Einwohner in die Höhe geschossen. „Damit gehört Rheinland-Pfalz zu den größten Schuldenmachern insgesamt“, heißt es in dem Dossier, das im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft entstand und gestern in Berlin vorgestellt wurde. „Rheinland-Pfalz ist dringend aufgefordert, jetzt Sparprogramme aufzulegen und in die Konsolidierung einzusteigen, sonst droht eine Haushaltsnotlage“, sagte IW-Geschäftsführer Rolf Kroker. Mit Blick auf das für alle Länder geltende



Karl Heinz Däke

Ab 2020 gilt die in der Landesverfassung verankerte Schuldenbremse.

Doch zumindest in der Theorie soll mit der Schuldenmacherei schon